



Inhalt

1.	Zypernfrage	2
2.	Gasvorkommen	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	7
4.	Türkische Zyprioten	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen	9

FES NEWS

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

www.fescyprus.org

1. Zypernfrage

Im Oktober führten die Verhandlungsführer der griechischen und türkischen Zyprioten Gespräche mit dem Ziel, eine für die politischen Vertreter beider Bevölkerungsgruppen gemeinsame, tragfähige Erklärung vor der Aufnahme direkter Gespräche zu verfassen. Auf beiden Seiten blieben jedoch die unterschiedlichen Positionen im Hinblick sowohl auf den Inhalt als auch auf den Ablauf der Verhandlungen bestehen.

Der griechisch-zypriotische Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis, betonte, dass sich die Vertreter beider Bevölkerungsgruppen nicht treffen würden, solange keine Einigung in Bezug auf Inhalt und Prozedere der Friedensgespräche erzielt worden sei. Die griechischen Zyprioten bevorzugen eine ganzheitliche Vorgehensweise, bei der alle Fragen gleichzeitig behandelt werden, da viele Aspekte zusammenhängen. Der türkisch-zypriotische Verhandlungsführer, Osman Ertug, ist jedoch der Meinung, dass durch das Beharren auf einer gemeinsamen Erklärung schon zu Beginn der Gespräche, Vorbedingungen aufgestellt würden. Die türkischen Zyprioten wollen hingegen ohne jegliche Vorbedingung dort weitermachen, wo die vorangegangenen Gespräche abgebrochen worden waren. Eine grundlegende Uneinigkeit scheint über die Frage der Souveränität zu bestehen. Die griechischen Zyprioten wollen einen föderalen Staat, der aus der Republik Zypern hervorgeht. Sie bestehen demnach auf dem Prinzip einer ‚unteilbaren Souveränität‘ und einer ‚einzigen Staatsbürgerschaft‘. Währenddessen verlangen die türkischen Zyprioten, dass Restkompetenzen bei den jetzi-

gen Verwaltungseinheiten (faktisch den beiden Teilen Zyperns) verbleiben und eine sogenannte ‚interne Gliedstaatsangehörigkeit‘, also eine separate türkisch-zypriotische Staatsangehörigkeit erhalten bleibt. Auf diese Weise soll die Grundlage für einen neugegründeten föderalen Staat geschaffen werden, während die griechischen Zyprioten auf einer Umwandlung der Republik Zypern bestehen. Zudem wollen die griechischen Zyprioten der EU eine substantiellere Rolle bei den Gesprächen zuweisen. Dies soll durch die Anwesenheit eines durch den Europäischen Rat entsandten Vertreters bei den Guten Diensten der Vereinten Nationen gewährleistet werden. Dieser Vorschlag wird jedoch von der türkischen Seite abgelehnt.

Obwohl Mavroyiannis und Ertug sich darauf verständigten, dass getrennte Treffen mit den Staatssekretären der jeweiligen Außenministerien in Ankara und Athen stattfinden sollen, standen die Termine Ende Oktober noch nicht fest.

Bei einem Treffen mit dem griechischen Premierminister Antonis Samaras am 11. Oktober wiederholte Präsident Anastasiades seine Forderung nach einem neuen Impuls in den Friedensgesprächen und bezog sich auf seinen Maßnahmenkatalog für Varoscha. Der Vorschlag sieht einen Deal vor, bei dem für die Rückgabe Varoschas an die griechischen Zyprioten im Gegenzug der Hafen von Famagusta für den EU-Handel und neue Kapitel bei den EU Beitrittsverhandlungen der Türkei geöffnet würden. Einen Tag zuvor sprachen der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu und sein

Amtskollege von der ‚TRNZ‘¹ in einer gemeinsamen Pressekonferenz von einer ‚einmaligen Chance‘ und betonten, wie wichtig es sei, die Verhandlungen bis November wieder aufzunehmen. Die Türkei möchte, dass die Gespräche zügig vorankommen und bis März 2014 abgeschlossen werden mit dem Ziel, ein Referendum abzuhalten. Der UN-Sonderbeauftragte Alexander Downer schlug den 4. November als ein mögliches Datum vor, jedoch unter der Voraussetzung, dass bis dahin eine gemeinsame Erklärung formuliert ist.

Während eines Treffens des Europäischen Rates vom 24. bis 25. Oktober in Brüssel sprach Präsident Anastasiades mit den jeweiligen Präsidenten der Europäischen Kommission und des EU-Rates, Jose Barroso bzw. Herman Van Rompuy. Wie bereits erwähnt, ging es in diesen Gesprächen darum, wie die Rolle der EU bei dem Versuch, die Friedensgespräche in Gang zu bringen, gestärkt werden könnte. Nikosia möchte, dass die EU mit einem Repräsentanten des Europäischen Rates (nicht der Kommission) bei den Gesprächen anwesend ist, um sicher zu stellen, dass mögliche politische Vereinbarungen im Einklang mit dem Acquis Communautaire der

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der Acquis communautaire ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

EU sind. Dabei geht es darum, dass ein hochrangiger Vertreter des EU-Rates mehr politisches Gewicht hat, als ein Technokrat der Europäischen Kommission. Dieser Vorschlag wurde jedoch weder von der Türkei oder der UN, noch von der EU positiv bewertet. In der griechischen Presse wurde Alexander Downer beschuldigt, den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, kontaktiert zu haben, da Downer eine stärkere Einbindung der EU bei den Friedensgesprächen ablehne. Diese Anschuldigungen wurden jedoch von der UN zurückgewiesen.

In der Zwischenzeit trafen sich der türkisch-zypriotische Außenminister Ozdil Namir und der EU-Erweiterungskommissar Stefan Fule am 23. Oktober in Straßburg, um die Regulierung der Grünen Linie, finanzielle Hilfen und die internationale Isolation der türkischen Zyprioten zu besprechen.

Nach dreijähriger Unterbrechung wird die EU im November eine neue Runde bei den türkischen Beitrittsverhandlungen starten, nachdem Deutschland seine Einwände als Reaktion auf Ankaras Vorgehensweise bei Protesten im Gezi-Park aufhob. Kapitel 22, das sich auf ‚Regionalpolitik und die Koordination struktureller Instrumente‘ bezieht, ist in den acht von der EU 2006 eingefrorenen Kapiteln nicht enthalten, nachdem die Türkei sich geweigert hatte, ihre Häfen und Flughäfen für die Republik Zypern zu öffnen. Außerdem sind sechs von Zypern gesperrte Kapitel nicht Teil des Verhandlungspaketes.

Zu Beginn des Monats appellierte Präsident Anastasiades an die Internationale Schifffahrts-

organisation (International Maritime Organisation - IMO) und die Europäische Kommission, ihren Einfluss gegenüber der Türkei einzusetzen, um – als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen, die auch die Rückgabe Varoschas beinhalten – das Embargo für Schiffe unter zypriotischer Flagge aufzuheben.

2. Gasvorkommen

Am 3. Oktober veröffentlichte Noble Energy die Ergebnisse der zweiten Testbohrungen des Aphrodite-Gasfeldes in Block 12. Die Resultate lagen hinter den Erwartungen zurück, lassen jedoch auf ein beträchtliches Gasvorkommen schließen. Die Vorkommen liegen zwischen 3,6 und 6 Tcf (Trillion cubic feet) bei einem mittleren Wert von ca. 5 Tcf. 2011 durchgeführte Probebohrungen zeigten ein Vorkommen zwischen 5 und 8 Tcf an, mit einem mittleren Wert von 7 Tcf. Da ein Vorkommen von mindestens 6 Tcf für die Rentabilität einer Gasverflüssigungsanlage als notwendig erachtet wird, muss Zypern weitere Probebohrungen in einem zweiten, kleineren Feld in Block 12 durchführen, das über 2 Tcf verfügen könnte.

Das in Houston ansässige Unternehmen hat mittlerweile sein Angebot erneuert, Gas vom Aphrodite-Feld zur heimischen Stromproduktion an Land zu bringen. Der Lieferpreis liegt zwischen 9 und 10\$ pro mmbtus (One Million British Thermal Units). Dies ist beträchtlich niedriger als der von Itera veranschlagte Preis von ca. 15,5\$ pro mmbtus. Dieses Angebot wurde während einer öffentlichen Ausschrei-

bung vorgelegt. Das Angebot von Noble könnte die Kosten der Stromproduktion um 15–20% senken. So lange jedoch das Ausschreibungsverfahren mit Itera und Vitol nicht abgeschlossen ist, kann die Regierung das Angebot von Noble nicht annehmen.

Das Kabinett stimmte einer Änderung des Artikels zur Gründung der staatlichen Öl- und Gasfirma ‚Cyprus National Hydrocarbons Company‘ (CNHC) zu. Das unter dem neuen Namen ‚Cyprus Hydrocarbons Company‘ firmierte Unternehmen muss der Regierung von nun an alle sechs Monate einen operativen Plan vorlegen. Die neue Firma wird den Staat mit dessen Anteilen im Rahmen der geplanten Gasverflüssigungsanlage vertreten und ist damit beauftragt, die Anteile der Regierung an den Gasvorkommen zu verkaufen.

In einer kürzlich vorgelegten Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT), die Zypern als Fallbeispiel benutzt, werden kleinere Staaten darauf hingewiesen, größere Investitionen in unberechenbaren Ressourcen wie z.B. Gas nur nach Abwägung der Ressourcenentwicklung, wirtschaftlichen Risiken und der unsicheren Entwicklung des ständigen Wandel unterliegenden weltweiten Gasmarktes vorzunehmen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 29. Oktober kam eine Delegation der Troika² zu einer zweiten Überprüfung des 10 Milliarden Euro schweren Rettungspaketes nach Zypern. Die Troika wird den Haushaltsplan für 2014, die Umstrukturierung des Bankensektors, die Reformen im öffentlichen Dienst und die Pläne für ein staatliches Gesundheitswesen begutachten. Außerdem sollen Fortschritte bei der Privatisierung von bestimmten staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen bewertet werden. Die Delegation wird zwei Wochen in Zypern bleiben.

Am 7. Oktober legte der Untersuchungsausschuss, der die Gründe für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes prüfen sollte, einen umfassenden Bericht mit den Untersuchungsergebnissen vor. Dem Bericht zufolge liegt die Hauptverantwortung für den nahezu vollständigen wirtschaftlichen Kollaps der Insel bei dem ehemaligen Präsidenten Demetris Christofias. Christofias wird auch für eine Politik verantwortlich gemacht, die sämtliche wirtschaftlichen Indikatoren ignorierte. In gleicher Weise trügen Technokraten und Experten eine Mitverantwortung, da sie nicht auf die Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen hingewiesen hätten. In dem Bericht wird auch dargelegt, dass Präsident Nicos Anastasiades und seine Regierung schlecht auf die Bail-out-

Verhandlungen vorbereitet gewesen seien, obwohl auch eingeräumt wird, dass sich der Präsident in einer schwierigen Position befunden habe.

Die Behörden wollen eine strafrechtliche Untersuchung bezüglich der umstrittenen Vereinbarung zwischen dem Präsidenten der Zentralbank, Panikos Demetriades, und der Beratungsfirma Alvares und Marshall in die Wege leiten. Dem Vernehmen nach soll ein Erfolgshonorar von 0,10% oder 4,75 Millionen Euro basierend auf dem zur Rekapitalisierung der Banken benötigten Betrag vereinbart worden sein. Dies habe auch den durch den privaten Schuldenschnitt entstandenen Betrag beinhaltet. Der Zentralbankpräsident befindet sich in einer erbitterten Auseinandersetzung mit Präsident Anastasiades. Anastasiades beschuldigt Demetriades, den Bailout schlecht gemanagt zu haben und fordert dessen Rücktritt. Demetriades hat jedoch wiederholt erklärt, dass er nicht zurücktreten werde, obwohl er zugibt, dass die Beziehungen zu der Regierung gestört seien. In der Zwischenzeit betonte der IWF, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Zentralbank für die finanzielle Stabilität Zyperns unverzichtbar sei.

Die zypriotische Zentralbank ernannte den internationalen Unternehmensberater Oliver Wynn, um die Restrukturierung des Bankensektors beratend zu begleiten. Dies erfüllt eine der Bedingungen des Rettungsplans.

Am 10. Oktober wurde vom Kabinett der erste Haushaltsplan nach Inkrafttreten des Rettungsplanes verabschiedet. Die Regierung visiert für

² Die Troika besteht aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB).

2014 ein Haushaltsdefizit von 3% an, was niedriger als die von der Troika vorgesehenen 4,25% ist. Der Haushaltsentwurf für 2014 sieht Einsparungen von 10% oder 626 Millionen Euro im Vergleich zu 2013 vor. Zahlreiche Maßnahmen werden ab dem 1. Januar 2014 in Kraft treten, wie z.B. zusätzliche Gehaltseinsparungen von 3% im öffentlichen Dienst, eine 1%ige Erhöhung der Umsatzsteuer und eine Zunahme bei den Sozialabgaben.

Am 25. Oktober wurden die finanziellen Beschränkungen weiter gelockert. Dies bedeutet, dass die seit März bestehenden Kapitalverkehrskontrollen stufenweise zurückgeschraubt werden. Bei Geschäftsvorgängen, die 300.000 Euro übersteigen, sind somit keine Nachweise mehr erforderlich, es sei denn, die zuständige Bank verlangt dies. Der Höchstbetrag für ins Ausland getätigte Überweisungen durch Unternehmen wurde von 500.000 Euro auf eine Million Euro erhöht, während Einzelpersonen nun 15.000 Euro überweisen können. Außerdem können Reisende 3.000 Euro mitnehmen statt wie bisher nur 1.000 Euro.

Die neuesten Zahlen der zyprischen Zentralbank zeigen, dass sich der Kapitalabfluss im September mit 924 Millionen Euro im Vergleich zum August (458 Millionen Euro) fast verdoppelt hat. Die Kapitaleinlagen in zyprischen Banken belaufen sich derzeit auf 47,456 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einlagen um 33% oder 23,2 Milliarden Euro gesunken. Davon sind 9,4 Milliarden Euro Teil des von der Eurogruppe beschlossenen Schuldenschnittes vom März dieses Jahres. Neben der Kapitalflucht stellen die faulen

Kredite ein erhebliches Risiko für die Banken dar. Den von der Zentralbank veröffentlichten Zahlen zufolge liegen die faulen Kredite im Inland bei 15,4 Milliarden Euro oder 20,9% in Bezug auf alle Kredite bis 2012. Dies beinhaltet auch die faulen Kredite bei den Genossenschaftsbanken und bezieht sich auch auf solche Kredite, für die Sicherheiten vorhanden sind. Die nicht abgesicherten Kredite der Geschäftsbanken liegen bei 8,6 Milliarden Euro oder 15,6% aller Kredite, während bei den Genossenschaftsbanken faule Kredite in Höhe von 1,9 Milliarden Euro oder 15,3% lagern.

Den Konjunkturprognosen des IWF zufolge soll die zyprische Wirtschaft 2013 um 8,7% und 2014 um weitere 3,9% schrumpfen. Die Ratingagentur Fitch erwartet, dass das BIP 2013 um 8,9% und 2014 noch einmal um 4,9% zurückgeht. Sie warnt, dass Kapitalgeber immer noch hohen Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken ausgesetzt seien, obwohl die Rekapitalisierung und Umstrukturierung der zyprischen Banken abgeschlossen ist. Moody's zufolge könnten kommerzielle und Genossenschaftsbanken zusätzliches Kapital in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zu den von der EU für den Bankensektor vorgesehenen 2,5 Milliarden Euro benötigen.

Eurostat zufolge verzeichnete Zypern im September die größte Zunahme bei den Arbeitslosenzahlen innerhalb der EU. Zur Zeit liegt die Arbeitslosenrate bei 17,1% oder 76.600 Personen im Vergleich zu 16,9% oder 75.000 Menschen im August und 12,7% oder 56.000 im September 2012.

Innenpolitische Entwicklungen

Im Oktober reiste Präsident Anastasiades für einen zweitägigen Besuch nach Kuwait. Dabei schlossen die beiden Staaten eine Reihe von Vereinbarungen ab, welche die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Drogenschmuggel und illegaler Einwanderung verstärken soll. Zudem wurden Abkommen für eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Tourismus, Bildung und Gesundheit unterzeichnet.

Am 18. Oktober stimmte das Kabinett der Einrichtung eines Stützpunktes der UN-OPCW-Mission für Syrien sowie der Bereitstellung der für die Sicherheit und den Einsatz der Mission notwendigen Einrichtungen zu. Der Sicherheitsrat beschloss in der Resolution 2118 der Einrichtung einer gemeinsamen Mission von UN und OPCW (Organisation for the Prevention of Chemical Weapons – Organisation zur Vernichtung Chemischer Waffen), welche die Vernichtung chemischer Waffen und deren Produktionsstätten vornehmen soll. Diese Entscheidung der UN stärkt die Rolle Zypern bei der Stabilisierung des östlichen Mittelmeerraumes.

4. Türkische Zyprioten

Im Oktober nahm das politische Interesse an einer möglichen neuen Runde bei den Friedensgesprächen zu. Erklärungen von Seiten des Präsidenten Dervisch Eroglu und des Außenministers Özdil Namil dominierten die

Schlagzeilen. Derweil arbeiteten die beiden Verhandlungsführer, Osman Ertug und Andreas Mavroyiannis an der Ausarbeitung einer gemeinsamen Erklärung, die eine Vorbedingung für die Aufnahme umfassender Verhandlungen ist. Ende des Monats bestand jedoch Uneinigkeit, was auf eine mögliche diplomatische Krise hindeuten könnte. Dies führte zu Nachfragen von Seiten der UN. Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in Zypern, Alexander Downer, versuchte mit Hilfe einer Pendeldiplomatie die Wogen zu glätten.

Trotz der tiefen Kluft im Hinblick auf das Vorgehen betonte die türkische Seite ausdrücklich die Möglichkeit einer schnellen Lösung des Jahrzehnte andauernden Zypernproblems. Özdil Namil sagte voraus, dass nach einer Einigung auf politischer Ebene bis März 2014 auf beiden Seiten Volksabstimmungen abgehalten werden könnten. Dieses Datum sei an sich schon denkwürdig, da sich 2014 das Ende der verfassungsmäßigen Ordnung und der Beteiligung der türkischen Zyprioten an der Regierung zum 50. Mal jähren würden. Zwischenzeitlich nahm Nami im Hinblick auf den Status der Geisterstadt Varoscha den gleichen Standpunkt wie Eroglu und die Türkei ein. Statt die Öffnung der Stadt und die Rückkehr der ursprünglichen Einwohner als eine vertrauensbildende Maßnahme an die griechischen Zyprioten zu bewerten, legte Nami dar, dass dies ein Teil der Verhandlungen in Bezug auf die territorialen Fragen und somit Bestandteil einer umfassenden Lösung sei.

Nami flog am 9. Oktober nach Ankara, wo er eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem

türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu abhielt. Beide erklärten, dass die Verhandlungen schon am 4. November beginnen könnten.

Eine Vereinbarung über eine gemeinsame Erklärung mit den griechischen Zyprioten war Ende Oktober noch nicht zustande gekommen, was zu gegenseitigen Schuldzuweisungen führte. Am 20. Oktober behauptete Nami, dass die türkische Seite die von der UN vermittelte Formulierung für eine gemeinsame Erklärung akzeptiert habe, was jedoch von den griechischen Zyprioten abgelehnt worden sei. Dass keine Einigung erreicht worden sei, habe, Nami zufolge, daran gelegen, dass die griechisch-zypriotische Seite auf eine offene Bezugnahme auf die gemeinsame Erklärung von 2008 bestanden habe. Darin werde eine ‚unteilbare Souveränität und Staatsbürgerschaft‘ für Zypern gefordert, während jedoch weiterhin an einer internen (auf die Gliedstaaten bezogene) Staatsbürgerschaft und an Restzuständigkeiten der beiden Gliedstaaten gearbeitet werde.

Innenpolitisch musste sich die neue Regierung mit von der Vorgängerregierung verursachten finanziellen Problemen befassen. Die Finanzen der Stadtverwaltung des türkisch-zypriotischen Teils von Nikosia befinden sich in einer schwierigen Lage. Der bekannte Geschäftsmann Mehmet Cangar hatte der Stadtverwaltung 2010 mehr als 12 Millionen Türkische Lira geliehen, welche die Stadtverwaltung in Folge nicht zurückzahlen konnte. Dies wiederum führte zu einem Rechtsstreit. Beide Seiten versuchen nun, sich außergerichtlich zu einigen, was jedoch im Oktober noch nicht gelang.

Die Regierung musste sich Forderungen aus verschiedenen Bereichen stellen. Zu Beginn des Monats forderten Bauern bei einer Demonstration Kompensationszahlungen für Ernteauffälle aufgrund der Dürre. Außerdem gab es Forderungen, das von der Vorgängerpartei mit der Türkei vereinbarte Wirtschaftsprogramm zu revidieren. Daher legte die türkisch-zypriotische Handelskammer am 9. Oktober Premierminister Özkan Yorgancıoglu einen Bericht vor, in dem die strittigen Punkte und politische Alternativen in Bezug auf Produktivität und Privatisierungen enthalten sind.

Die Regierung erklärte ihrerseits die Absicht, die angeblich ungesetzlichen Einstellungen im öffentlichen Bereich durch die Vorgängerregierung zu untersuchen. Die Regierung stornierte auch die Einfuhr eines umstrittenen Wasserwerfers für die Polizei. Der Kauf war nach den Ereignissen im Gezi-Park in Istanbul diesen Junis äußerst umstritten. Stattdessen stellte die Regierung der Feuerwehr einen Etat für den Umbau des Wasserwerfers in ein Löschfahrzeug zur Verfügung.

Das Parlament ernannte einen ad-hoc Ausschuss, der damit beauftragt wurde, Reformvorschläge für die Regelung der parlamentarischen Arbeit sowie Gesetzesänderungen bezüglich der politischen Parteien und Wahlen auszuarbeiten. Zudem wurden Pläne zur Verfassungsänderung vorgelegt, die auf die Initiative des Abgeordneten und Rechtsgelehrten Tufan Erhurman zurückgehen.

Die wiederkehrende Frage der Staatsangehörigkeit führte zu Beschwerden von Gruppen,

welche die Einbürgerung der aus der Türkei stammenden Einwanderer unterstützen. Der Regierung wird vorgeworfen, Einbürgerungsanträge abgelehnt zu haben. Die CTP-geführte Regierung wiederum erklärte, dass es sich nur um einen Aufschub handle und versprach die Bearbeitung der anstehenden Anträge nach Inkrafttreten einer neuen gesetzlichen Regelung.

Nach Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern kündigte Finanzminister Zeren Mungan an, dass künftig keine neuen saisonalen Arbeiter im öffentlichen Dienst mehr eingestellt würden. Das Ziel sei es, zuvor ausgeschriebene Stellen dauerhaft auf der Basis eines festgelegten Einstellungsverfahrens zu besetzen.

Die Opposition forderte von der Regierung eine zeitliche Verkürzung des Wehrdienstes, da eine ähnliche Gesetzesinitiative in Ankara vorbereitet werde. Derzeit beträgt der Wehrdienst 15 Monate.

Der Monat endete damit, dass dem Parlament der von der Regierung ausgearbeitete Haushaltsplan für 2014 zur Abstimmung vorgelegt wurde. Das Budget umfasst 3.774.945.000 Türkische Lira (ca. 1,4 Milliarden Euro).

5. FES Zypern Veranstaltungen

November

Samstag 2. November 2013, 17:30 – 20:30
ENORASIS / FES

Workshop

**ENORASIS' 9TH ANNUAL ENTERTAINING
FRIENDSHIP WEEKEND AND WORKSHOP
ON OUR COMMON FUTURE**

Lordos Beach Hotel, Larnaka
Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 14. November 2013, 9:00
BROOKINGS INSTITUTE / PRIO CC / FES

Konferenz

**East Mediterranean Hydrocarbons:
Geopolitical and Industry Perspectives,
Markets and Export Routes, and Regional
Cooperation**

Chateau Status (in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Samstag 16. November 2013, 9:00

IKME / BILBAN / FES

Cypriots' Voice Workshop:

**Modus Vivendi 4 A Settlement:
Evolutionary, Comprehensive, Surprise...**

Classic Hotel, Nikosia
Nicht öffentliche Veranstaltung



Dienstag 19. November 2013, 19:00

CCMC / MENOUME EVROPI / FES

Konferenz

Media Pluralism in Cyprus: Access Restricted?

Cyprus Community Media Centre - CCMC
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



29. -30. November 2013,

Freitag 15:30-19:35, Samstag 9:00 – 15:30

ADHR / CYPRUS ACADEMIC FORUM (CAF)/ FES

Konferenz

**The Role of Education in a Divided Country:
the Case of Cyprus**

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung

Dezember

Montag 2. Dezember 2013, 19:00

UNESCO CHAIR /The Cyprus Center for
Intercultural Studies/University of Nicosia/ FES

Konferenz

**Multicultural Cyprus:
The Armenian Community**

Cine Studio, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung



Montag 2. December 2013, 16:00 – 18:00

POST RI / FES

Book launch

Representation of History and Peace Education

Cyprus Community Media Centre - CCMC
(in der UN Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Samstag 7. December 2013, 15:00 – 19:00

INDEX / PRIO / FES

Konferenz

The State we are in

Hilton Park Hotel, Nikosia
Öffentliche Veranstaltung



Montag 9. Dezember 2013

POST RI / KTOS / FES

Workshop

Peace Education and Gender Workshop for Women Educators

KTOS Headquarter, Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



Montag 16. Dezember 2013, 10:00 – 15:00

GAT CYPRUS / PRIO CYPRUS / FES

Konferenz

Gender & Law: Citizenship Workshop II

Home for Cooperation, Nikosia

(in der UN Pufferzone)

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite (ab Oktober): www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com